

# Karl-Franzens-Universität Graz

## Institut für Sportwissenschaften

A-8010 GRAZ, MOZARTGASSE 14, Tel. (0316) 380/2325 DW  
Vorstand: Univ.-Prof. Dr. GÜNTER BERNHARD

Dek.Zl. 367 ex 1984/85

Zl.93/85

Graz, 20.30.1985

*St Wien*

An das  
Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

Minoritenplatz 5  
1014 W i e n

BEZUGSNUMMER  
Zl. 15 -GE/19 85

Datum: - 8. MAI 1985  
*8.5.1985*

ÜBER DEN DIENSTWEG  
Verteilt *Kreuz*

Der Rektor: *K. Killy*

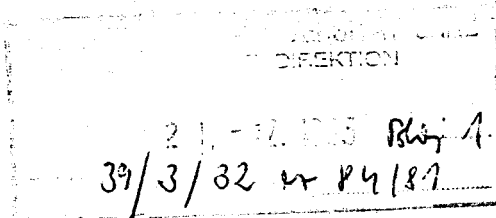
Dekanat

für Geisteswissenschaftlichen Fakultät  
KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ

20. MRZ. 1985

zu Zl. 367 ex 19 84/85

Der Dekan: *[Signature]*



In der Anlage wird die Stellungnahme der Studenten-  
vertretung zum Studienförderungsgesetz weiterge-  
leitet.



*[Signature]*  
Univ.-Prof. Dr. Günter BERNHARD  
Vorstand

Beilage

BUNDESMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	
Eing.:	28. MRZ. 1985
Zahl:	
Bg.:	<i>1</i>

*17*

**S T E L L U N G N A H M E**  
der STUDENTENVERTRETUNG des  
INSTITUTS für SPORTWISSENSCHAFTEN  
an der Uni Graz  
zur vorgeschlagenen Novelle zum  
**STUDIENFÖRDERUNGSGESETZ**

1. Allgemeines:

Auch die 12. Novelle erfüllt bei weitem nicht das, was einem sozial bedürftigen Studierenden eigentlich zustehen sollte:

- Anspruch auf Studienbeihilfe für die durchschnittliche Studiendauer
- Höchststipendien für alle Kinder aus Familien mit Durchschnittseinkommen
- Ausreichende Erhöhung der Grundbeträge, Absetzbeträge und der Bemessungsgrundlage und Dynamisierung dieser Beträge
- Stipendien für Absolvent, inn/en von Pädaks, Sozialakademien u.ä.
- Abfertigungen und Arbeitslosengeld sind kein Einkommen im Sinne des Studienförderungsgesetzes
- Einrechnung von Jahren der Kindererziehung in die "Selbsterhalterfrist"

Zwar gibt es einige positive Ansatzpunkte in der vorgelegten Novelle, eine soziale Novelle ist sie jedoch nicht: Begrüßenswert sind der Absetzbetrag von S 9.000.-- für unselbständig Beschäftigte

und die Erhöhung des Grundbetrages statt der von allen heftig kritisierten 10 %-Klausel, aber letztendlich kam es in bezug auf 1983 nur zu einer Umverteilung innerhalb der Stipendienbezieher: Was die Unselbständigen-Kinder und die Bezieher von niedrigeren Stipendien mehr bekommen, wurde auf der anderen Seite den Selbständigen-Kindern und den Höchststipendienbeziehern weggenommen. Bezogen auf 1981 - die 10. Novelle hat die Inflation nämlich überhaupt nicht abgedeckt - klappt allerdings auch für viele Unselbständigen-Kinder noch ein beträchtliches Loch: Seit 1981 wurde mit dieser Novelle die Erhöhung der Stipendien durchschnittlich etwa 17 % betragen, während die Inflationsrate bei etwa 20 % liegt.

Bei den "weiteren Förderungsmaßnahmen" sind wir in vielen Punkten ganz und gar nicht einverstanden: Den 30 %-Zuschuß für besonders fleißige Stipendienbezieher lehnen wir prinzipiell ab, die Zuschüsse für Lehrveranstaltungen außerhalb des Studienortes und die Beihilfen für Auslandstudien sind gute Neuerungen, aber zu knapp bemessen (und haben an und für sich im Studienförderungsgesetz nichts zu suchen).

Bei den "Wissenschafts- und Leistungsstipendien" wird es zu einer reinen "Freunderlwirtschaft" kommen, denn nur wer vom Institutsvorsitzenden vorgeschlagen wird, kann dieses Stipendium bekommen. Wir fordern, daß die Vergabe

entsprechend dem organisatorischen Schema des FFF (Forschungsförderungsfonds) durch ein zentrales Gremium im BMfWuF, das aus Vertretern des Ministeriums und der Hochschülerschaft besteht, erfolgt.

Der zentralen Forderung nach Dynamisierung (=jährliche Inflationsanpassung) wurde wieder nicht entsprochen!?

## 2. Spezieller Teil:

### ad 3. § 2 Voraussetzungen

1. c) Wir finden es zwar begrüßenswert, daß die 10-Jahresfrist wegfällt, lehnen es allerdings ab, daß Personen über 40 Jahre kein Stipendium mehr erhalten können. Auch wenn es nur wenige sind, die herausfallen, sollte man ihnen wie bisher die Möglichkeit geben, ein Stipendium zu erhalten. Da es sich hierbei lt. ihren eigenen Angaben nur um ganz wenige handelt, erscheint uns die Verwaltungsvereinfachung gering im Verhältnis zu der Schwere der Einzelschicksale, die durch diese Grenze entstehen.

d) Unsere Forderung, auch den Absolventen von Pädaks und Sozialakademien bei Weiterstudium und sozialer Bedürftigkeit eine Studienbeihilfe zu gewähren, wurde wieder nicht entsprochen. Gerade in Zeiten der steigenden Lehrerarbeitslosigkeit sollte es den Absolventen dieser Akademien möglich sein, ihre Berufsbefähigung bzw. Berufschancen zu verbessern. Bis 1983 hatte sie diese Möglichkeit.

### ad 4. § 3

3. Es ist positiv, daß die Arbeitslosigkeit als Grund für eine voraussichtlich längere Verminderung des Einkommens herangezogen wird. Es ist aber auch notwendig, daß verordnete Kurzarbeit dazu herangezogen wird, da es auch dadurch zu einem wesentlich verringerten Einkommen kommt. Ferner ist es wünschenswert, die Formulierung "oder ein gleich schweres, von außen kommendes Ereignis" im Text beizubehalten.

### ad 7. § 8

3. Dieser Absatz ist in der vorgelegten Form völlig abzunehmen, weil den Fakultätskollegien damit jegliche Kompetenz abgesprochen wird. Das Fakultätskollegium sollte vielmehr nach eingehender Prüfung der Argumente des Ministeriums mit 2/3 Mehrheit die Möglichkeit haben, einen Beharrungsbeschluß zu fassen, den das Ministerium akzeptieren muß. Denn gerade die Fakultätskollegien können aufgrund ihrer fachlichen Befähigung beurteilen, welche Erfordernisse an die Studierenden gestellt

werden sollen und müssen. Wenn im Fakultätskollegium keine Einigung zustande kommt, dann soll die Entscheidung in der nächsten Instanz nicht nur nach Anhörung der ÖH erfolgen, sondern nur mit ihrer Zustimmung.

ad 9. § 13 Höhe der Studienbeihilfe

1. Wir begrüßen das Wegfallen der 10 %-Klausel und die Erhöhung des Grundbetrages.
2. b) Dieser Absatz müßte lauten: der Studierende sich vor Aufnahme des Studiums durch 3 Jahre zur Gänze selbst erhalten hat. Wurde nach einer bereits erfolgten Erstinskription der Studierende aus wichtigen Gründen an der Fortführung des Studiums gehindert, so ist diese Erstinskription nicht als "Aufnahme des Studiums" zu werten. Die Beurteilung über das Vorliegen eines solchen wichtigen Grundes liegt im Ermessensspielraum des zuständigen Senates.
2. d) Nicht nur der verheiratete Studierende sollte diese Möglichkeit haben, sondern auch Studierende, denen die Pflege und Erziehung mindestens eines Kindes zukommt.
6. a) Der Betrag von S 13.000.-- müßte auf S 20.000.- angehoben werden.
7. a) Durch die Veränderung des Staffelsatzes verliert jeder Stipendienbezieher S 800.- (= 20 % von den S 4.000.- Veränderung). Es ist nicht einzusehen, daß der erste Betrag nicht an die Inflation angepaßt, sondern sogar gesenkt (!) werden soll. Er sollte vielmehr auf S 48.000.- erhöht werden.
8. Auch die S 40.000.- sind der Inflation nicht angepaßt worden und müßten auf S 45.000.-- erhöht werden.
9. Der Absetzbetrag müßte statt auf S 16.000.- zumindest auf S 16.500.- erhöht werden.
10. Die Einführung eines Absetzbetrages für nichtselbständig Beschäftigte ist sehr zu begrüßen. Allerdings sollte man das Wort "nur" weglassen, da sonst Personen, die eine kleine Leibrente beziehen, oder kleine Nebenerwerbsbauern nicht erfaßt würden. Man sollte stattdessen einen Grenzbetrag festsetzen, wie hoch die Einkünfte sein dürfen, die nicht aus nichtselbständiger Arbeit stammen.

Weiters müßte der Betrag von S 9.000.- auf S 15.000.- angehoben werden.

Außerdem sollte der Grundintention des BMfWuF, daß auch Pensionisten dieser Absetzbetrag beanspruchen können, durch eine entsprechende Umformulierung des § 13 (10) entsprochen werden.

## ad 11. Weitere Förderungsmaßnahmen

### § 26 Zuschuß zur Studienbeihilfe:

1. Diese Regelung ist für uns ganz und gar nicht vertretbar und sollte ersatzlos gestrichen werden.
2. Es erscheint uns sinnvoller, einen Tagsatz (Inland S 200.--, Ausland: S 400.--) festzusetzen, der ab einer Grenze von insgesamt 5 Tagen pro Semester ausbezahlt wird. Alle auswärts verbrachten Tage sollten dabei berücksichtigt und am Semesterende verrechnet und abgegolten werden können. Es wäre jedoch zu prüfen, ob eine solche Entschädigung für eine Exkursion nicht mittels Hochschultaxengesetz geregelt werden sollte.

### § 27 Auslandsstudien

3. Es muß die Möglichkeit geben, die Nachweise auch nachträglich einzubringen. Vorschlag: dem Antrag die erforderlichen Nachweise beizuschließen, soweit er darüber verfügen kann.

### § 28 Wissenschafts- und Leistungsstipendien

3. a), b) und c) gehören ersatzlos gestrichen. Es muß für jeden Studierenden möglich sein, den Antrag selbst einzubringen, da es nach dieser Novelle von der Willkür des Institutsvorstandes abhängt, ob der Studierende überhaupt die Möglichkeit hat, ein Wissenschafts- und Leistungsstipendium zu erhalten.

Wir fordern, daß die Vergabe entsprechend dem organisatorischen Schema des FFF (Forschungsförderungsfonds) durch ein zentrales Gremium im BMfWuF, das aus Vertretern des Ministeriums und der Hochschülerschaft besteht, erfolgt.